

Rieser Tagblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Postamt 282. Rieser Tagblatt. Verleger: Dr. W.

Das Rieser Tagblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Kreisgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen.

Postfach: Dresden 158. Verleger: Dr. W.

Nr. 282.

Mittwoch, 5. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tagblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 7. Dezember 1923: 1200 Mark. Einzelheft 200 Mark. Für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Hemde für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abnahmeunterhaltungsbeitrag 'Erzähler an der Elbe'. - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentiondruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeiger: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Regierungserklärung im Reichstage.

Keine politische Aussprache. - Beratung des Ermächtigungsgesetzes am Mittwoch.

Der Reichstag vor der Entscheidung.

Mit einer Mehrheit von 45 gegen 9 Stimmen ist das von der Regierung vorgeschlagene Ermächtigungsgesetz im Reichstag angenommen worden. Gegen das Gesetz haben die Vertreter Sachsens und Braunschweig sowie der preussischen Rheinprovinz gestimmt. Der Reichstag hat sich einstimmig für die Ermächtigung der Regierung ausgesprochen. Infolge der Bereinigung der hanseatischen Volkspartei an der Regierung, und weil seinen Entschlussschlüssen nachzutragen lassen. Nach diesem Vorstöße hat sich der Reichstag geteilt und der Reichstag selbst hat die Regierungserklärung abgelesen. Seine Erklärung läßt dem Inhalt wie der Formulierung nach erkennen, daß die Regierung mit dem System der Kompromisse und Dinauswickelungen brechen und den Reichstag vor eine klare Entscheidung stellen will. Doch geht es nicht mehr um das Schicksal einer Regierung, sondern um das Schicksal des Reichstages selbst und alles dessen, was für die Beteiligten an schwebenden Dingen mit einem Reichstagsmandat verbunden ist. Die Regierungserklärung fordert die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz, das freie Hand für die dringend notwendigen Tagesentscheidungen, besonders auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Finanzwesens schafft. Die Unklarheit darüber, ob es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, ist durch die Regierungserklärung beseitigt worden. Die Regierung rückt dem Reichstag selbst vor Augen, daß es wichtige Verfassungsrechte in die Hand der Regierung des Vertrauens legen muß.

Die Entscheidung ist durch das Vorgehen des Reichstages nunmehr in greifbare Nähe gerückt und in ihrem Ergebnis, wenn nicht innerhalb der Parteien ganz überraschende Wandlungen vorgehen sollten, auch nicht mehr zweifelhaft. Die Gewissensfrage kann bei einer Oppositionsstellung der großen Minderparteien, ja selbst bei einer Einstimmigkeit nicht mehr zweifelhaft sein. Die Regierung legt auch ansehnend gar keinen besonderen Wert mehr darauf, den Oppositionsparteien ihre Stellungnahme tatsächlich zu erleichtern. Sie betont ausdrücklich, daß sie sich nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch in ihrer Wesenheit als unbedingte Nachfolgerin des durch das Mißtrauen der Oppositionsparteien gestürzten Kabinetts Stresemann stellt. Es liegt an sich also kein sachlicher Grund vor, dieser Oppositionsparteien die Regierung zu geben, was man ihr vor einer guten Woche versagt hat. Eine solche Haltung würde eine untragbare moralische Belastung der Oppositionsparteien bedeuten. Es ist also wohl anzunehmen, daß der Reichstag zur Auflösung schreiten wird. Nicht ohne weiteres klar ist die Haltung des Reichspräsidenten, der heute freiwilleg aus der Hand gibt, was er vor kurzem noch verweigert hat, den Auflösungsbeschluß. Die Verhältnisse der gegenwärtigen Wirtschaft sind also demnach im Wesentlichen auf das Schicksal des Reichspräsidenten zu setzen. Nach Auflösung des Reichstages hat die Regierung zwar nicht ein Ermächtigungsgesetz, aber sie hat den berühmten Artikel 48 der Verfassung, der als letzter weiterbestehender Rest des gesamten Verfassungswerkes noch übrig geblieben ist. Gestützt auf diesen Artikel, ohne den jede Arbeit seit längerer Zeit überhaupt nicht denkbar ist, kann sie ihre Maßnahmen treffen.

Deutscher Reichstag.

abends, Berlin, den 4. Dezember 1923.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler, Finanzminister Dr. Luther, Arbeitsminister Dr. Hamann, Justizminister Emminger, Arbeitsminister Dr. Brauns, Ernährungsminister Graf Ramis, Postminister Dr. Döfke.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Präsident Loeb eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, die erste und zweite Beratung des Ermächtigungsgesetzes, wird von der Tagesordnung abgelehnt; der Gesetzentwurf soll erst heute behandelt werden.

Darauf erhält sofort Reichskanzler Marx das Wort, der von den Kommunisten mit dem Ruf: Handlanger des Generals begrüßt wird.

Reichskanzler Dr. Marx

Stellt das neue Kabinett dem Hause vor. Die Namen der neuen Regierungsglieder sind bekannt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte für Wiederaufbau ist der Staatssekretär Dr. Müller beauftragt. Eine Besetzung des Ministeriums für die besetzten Gebiete hat einstweilen noch nicht stattgefunden. Vorläufig wird es vom Postminister Dr. Döfke verwaltet.

Der Kanzler begrüßt mit besonderem Danke, daß Dr. Stresemann sich bereitgefunden habe, das Amt des Außenministers zu übernehmen. Es ist, so erklärt er, dadurch die Stetigkeit der auswärtigen Politik, wie sie in so hohem Maße wünschenswert ist, gesichert. Der Reichs-

kanzler spricht dem Innenminister für seine erfolgreiche und für das deutsche Volk bedeutungsvolle Tätigkeit als Chef des letzten Kabinetts den aufrichtigsten Dank aus. (Beifall.) Der Kanzler dankt weiter dem Minister Juchacz, der für die besetzten Gebiete Hervorragendes geleistet habe. Leider habe zum größten Schaden des Deutschen Reiches und Volkes die durch den Reichstagsbeschluß vom 22. November hervorgerufene Krise weit länger gedauert, als es wünschenswert gewesen wäre. Er wolle nicht unterlassen, von die Schuld an dieser Regierungskrise treffe. Angesichts der traurigen, geradezu furchtbaren politischen und finanziellen Lage unseres Vaterlandes sei es die wichtigste und erste Pflicht eines jeden, der im Partei- und öffentlichen Leben stehe, vor allem aber auch eine Pflicht der Regierung, alles zurechtzustellen, was irgendwie geeignet ist, die schon schon allzu großen Gegensätze in unserm Volke zu vertiefen. (Zustimmung.)

Der Reichskanzler läßt weiter fort: Mein Kampf geht weder gegen rechts, noch gegen links, sondern gegen alle diejenigen, die dem deutschen Volke mit Gewalt und List das Letzte rauben wollen, was uns geblieben ist: Die Einheit der Nation. (Beifall.) Ich halte es deshalb für das zwingende Gebot der Stunde, alles zu versuchen, um bestehende Gegensätze auszugleichen und das Hervortreten neuer zu vermeiden. Die ganze Kraft der Regierung und der politischen Parteien muß darauf gerichtet sein, unser Volk und unser Vaterland aus dem tiefen Abgrund wirtschaftlichen und finanziellen Verfalls, in den wir durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges gekürzt sind, wieder herauszuheben und zu retten. (Zustimmung.)

Der Kanzler erinnert daran, daß Dr. Stresemann in seiner letzten Rede unsere Lage geradezu trostlos genannt habe. Er sei deshalb von verschiedenen Seiten kritisiert worden, und dennoch habe er vollkommen richtig gesprochen. Das deutsche Volk in allen seinen Teilen muß und soll es wissen und immer mehr von der Überzeugung durchdrungen werden, daß wir mit unseren wirtschaftlichen und finanziellen Kräften tatsächlich am Ende sind, daß vieles, was uns schön und gut und wünschenswert, vielleicht sogar notwendig erscheint, ja was uns geradezu eine Dingenläge ist, dennoch zurückgestellt werden muß angesichts der verzweifelt Lage unserer Finanzen, deren Stand uns mit der Brutalität unüberwindlicher Zahlen auf die Alternative hinweist. Was ist wichtiger und wertvoller: das nackte Leben des deutschen Volkes oder eine vorläufige Befriedigung anerkannter Bedürfnisse mit dem baldigen völligen Zusammenbruch mit Hunger und Chaos im Gefolge? (Zustimmung.)

Der Reichskanzler erinnert an die Ausführungen des Finanzministers, der den geradezu katastrophalen Stand unserer Finanzen dargelegt habe, und sagt hinzu: In der Finanzfrage steht sich die Regierung vor eine Aufgabe von einer Vielzahl in der Weltgeschichte nie dagewesenen Schwierigkeiten gestellt. Die Verödung der Regierungsbildung hat unerträglich Tage verstreichen lassen. Eine sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen, die planvoll vorbereitet war, muß sofort in die Tat umgesetzt werden. Nicht minder müssen alle bereits ergriffenen und noch zu ergriffenden Maßnahmen zur Verringerung der Ausgaben mit einem solchen Nachdruck angepaßt werden, daß alle entgegenstehenden Hindernisse rücksichtslos überwunden werden. Es ist außerordentlich beklagenswert, daß trotz der ununterbrochenen Hinweise von Regierungskreisen auf den unerträglichen Geist der Finanzlage es immer noch Bevölkerungskreise gibt, die gegen Steuerbelastungen und Ausgabenbeschränkungen Einwände erheben, die aus dem Arsenale eines einigermassen normalen Staatslebens entnommen sind. Die Bevölkerung muß endlich in ihrer Gesamtheit davon durchdrungen werden, daß wenn nicht Volk und Reich in einen hoffnungslosen Strudel der Verwüstung verfallen sollen, jetzt die Stunde größten Opfers gekommen ist. Das dabei gleichzeitig zur Heberwindung der furchtbaren Erwerbslosigkeit die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden muß, macht die ganze Sachlage so überaus schwierig. Die Regierung wird ihr Bestes tun, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, kann dies aber nur, wenn sie endlich auf volles Verständnis für die ganze Sachlage überall im Volke stößt. Es muß jetzt begriffen werden, daß im Finanzproblem für uns die Frage über Sein oder Nichtsein liegt.

Bei diesem Sachverhalt will es mir nebenächlich und überflüssig erscheinen, hier eine längere Rede über ein Programm zu halten, das die Regierung demnach durchzuführen beabsichtigt. Die Zeit ist für uns zu kostbar, als daß wir sie mit längeren Erörterungen zubringen dürften, wo die allgemeine Not immer dringender ruft. Nicht Worte soll das Volk hören, sondern Taten sehen! Dazu kommt, daß über die Einzelheiten der äußeren und inneren Politik in verschiedenen Medien der letzten Regierung ausführliche Darlegungen erfolgt sind.

Es dürfte sich erübrigen, dies jetzt nochmals zu tun, zumal da die gegenwärtige Regierung sich in ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht von der vorigen unterscheidet. Entscheidend für das Verhalten der Regierung muß die geradezu katastrophale Lage unserer Wirtschaft und unserer Finanzen sein. Es ist eine Lebensfrage für Volk und Reich, hier die richtigen Mittel und Wege zu finden, die zur Rettung und Besserung führen. Als einen solchen Weg glaubt die Regierung ein Ermächtigungsgesetz ansetzen zu sollen, das ihr in ausreichendem Maße die Mög-

lichkeit gewährt, mit der durch die Zwangslage erforderlichen Schnelligkeit diejenigen Maßnahmen an treffen, die sie nach pflichtgemäßem Ermessen und genehigter Prüfung der Verhältnisse für erforderlich und zweckmäßig hält, das gewünschte Ziel zu erreichen. (Beifall.)

Die Regierung ist der Meinung, daß angesichts des ungebreiten Schwanges der Welt launenhafter Verhandlungen im Reichstage, wie sie die Beratungen einschneidend wirtschaftlicher und finanzieller Gesetze erforderlich machen, nicht wünschenswert, ja geradezu unerträglich erscheinen. Es ist nur noch eine Frage von Tagen, ob noch im letzten Augenblicke die Rettung vor dem drohenden völligen Verfall gelinnt. Beim Ermächtigungsgesetz kommen in erster Linie Verordnungen über Feuerliche Maßnahmen in Betracht, die sich im Rahmen der letzten Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther bewegen. Die Regierung soll aber auch im übrigen das Recht zu Maßnahmen haben, die als dringende Forderungen der Notlage erscheinen. Wie appellieren an die Vaterlandsliebe und das Pflichtbewußtsein der Volkstretter, wenn wir um außerordentliche Vollmachten für eine Regierung bitten, die glaubt, auf die Zustimmung weiterer Kreise der Volkvertretung rechnen zu dürfen. Es ist überaus schmerzhaft, daß zu einer Zeit, wo die Einmütigkeit aller deutschen Stämme mit Rücksicht auf die Gefahren, die uns durch die Uebermacht unserer Geener drohen, wünschenswerter wäre wie je zuvor, das Verhältnis zwischen Reich und einzelnen Ländern in vielfachen Beziehungen getrübt ist. Es soll meine erste und wichtigste Aufgabe sein, in kürzester Zeit die Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Unter selbstverständlicher Wahrung der Bestimmungen unserer Reichsverfassung wird man doch in manchen Beziehungen die vielfach erwünschte Erweiterung der Weisung der Länder ausüben können. Ich schreibe mich dazu durchaus der Erklärung an, die Reichskanzler Dr. Wirth in einem Briefe vom 20. August 1922 dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertefeld gegeben hat: Die Reichsregierung wird nicht ohne Rot von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten und soweit möglich nicht ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch machen, und sie ist nicht willens, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Weisungen, Mittel- oder Unterbehörden zu übernehmen. Ich beabsichtige, möglichst bald in Verhandlungen mit den in erster Linie in Betracht kommenden Ländern einzutreten. (Beifall.) In enger Verbindung mit dieser Frage steht die Aufhebung des bestehenden militärischen Ausnahmezustandes. Angesichts der Umstrukturierungsverbreiteter Elemente zur Erreichung ihrer politischen Ziele, aber auch angesichts der Wirkungen geringer Industrien, Lebensversicherungen usw. ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der nächsten Zeit die wichtigste Vorbedingung für den wirtschaftlichen Gesundungsvorgang.

Unter diesen Umständen ist der militärische Ausnahmezustand zurzeit nicht zu entbehren. Die augenblickliche Ruhe im Reich ist wesentlich eine Folge des Ausnahmezustandes. Selbstverständlich muß aber der Ausnahmezustand seinem Namen entsprechend eine Ausnahme bleiben und abgebaut werden, sobald es die Verhältnisse erlauben. Sobald nur irgendwie sich eine Veranlassung zeigt, werde ich sorgfältig prüfen, ob Einschränkungen und Erleichterungen der bestehenden Verordnungen herbeigeführt werden können.

Ihre besondere Aufmerksamkeit und tätige Fürsorge wird die neue Regierung den besetzten Gebieten zuwenden. In vollem Einvernehmen mit den Landesregierungen erklärt die Reichsregierung, daß sie gegenüber allen Abgrenzungsversuchen, an der Zugehörigkeit des Rhein- und Ruhrgebietes zum Reich und an den Ländern unbedingte Festhält. Die Bevölkerung an Rhein und Ruhr kann sich darauf verlassen, daß wir alles an ihren Gunsten tun werden, was nur irgendwie in der Kraft des Reiches und des deutschen Volkes liegt.

Der Reichskanzler schließt mit der Bitte an die Volkstretter, sich allein von dem Gedanken leiten zu lassen: Alles Trennende soll vor der Not der Stunde zurückgelassen werden. Jetzt gilt es für das Reich und des Volkes Wohl zu arbeiten und zu handeln! (Lebh. sich immer wiederholender Beifall.)

Präsident Loeb schlägt vor, die Sitzung auf Mittwoch 2 Uhr zu vertagen, damit die Fraktionen zum Ermächtigungsgesetz Stellung nehmen können.

Hg. v. Graefe (Dt.-völk.) fragt an, ob tatsächlich ein Antrag auf Aufhebung seiner Immunität beim Reichstagspräsidenten eingegangen sei.

Präsident Loeb verneint dies.

Die Sitzung wird darauf entsprechend dem Vorschlag des Reichspräsidenten abgebrochen. Schluß 4 Uhr.

Beisprechung

der Parteiführer mit dem Reichskanzler.

Berlin, Western abends 6 Uhr fand eine Besprechung der Führer sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, mit dem Reichskanzler statt, in der fast allgemein die Ansicht zum Ausdruck kam, daß eine Reichsstaatslösung angesichts der gegenwärtigen Lage wenn irgend möglich vermieden werden müsse. Von den sozialdemokratischen Führern wurde dem Reichskanzler ein Antrag vorgelegt, daß in das Ermächtigungsgesetz eine